

30.12.06

100 Bürger drohen mit Gericht: „Kein UMTS in Schierhorn!“

Sprecher Oliver Reck: Mast verschandelt die Landschaft und gefährdet Gesundheit!

chris. SCHIERHORN. „Wir werden den geplanten UMTS-Turm in Ortsnähe mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verhindern. Nottfalls gehen wir vor Gericht!“ Das erklärt Oliver Reck, Sprecher einer neuen Bürgerinitiative in Schierhorn. Die Mitglieder befürchten durch das Bauvorhaben nicht nur Gesundheitsgefahren, sondern auch eine „Verspargelung der Landschaft“.

Wie berichtet, will der Mobilfunkbetreiber O2 zwischen Schierhorn und Weihe in 150 Metern Entfernung zur Wohnbebauung einen 40 Meter hohen Gittermast errichten. Die Gemeinde Hanstedt lehnt diesen Antrag ab. Der Rat möchte keinen Turm im Außenbereich und befürchtet dadurch eine Behinderung der Ortsentwicklung von Weihe und Schierhorn.

Inzwischen haben die unmittelbar betroffenen Nachbarn gegen das Projekt Einspruch eingelegt. Wie Reck mitteilt, zieht die Samtgemeinde Hanstedt allerdings nicht mit. Sie habe als Alternative die Ausweisung von Mobilfunkkonzentrationsflächen abgelehnt. „Das Thema ist denen nicht wichtig“, resümiert Reck enttäuscht. Inzwischen haben sich seiner Bürgerinitiative über 100 Dorfbewohner angeschlossen.

Sie gehen jetzt massiv an die Öffentlichkeit, denn angeblich wol-



Diese Fotomontage der Bürgerinitiative zeigt den 40 Meter hohen geplanten UMTS-Funkturm zwischen Weihe und Schierhorn. Vorne rechts das Schierhorner Schützenhaus

Foto: oh

le der Landkreis Harburg schon im Januar eine Entscheidung über den Bauantrag fällen. „Deutschlandweit haben Bürger schon über hundert Sendemasten verhindert“, sagt Reck, „wir sind deshalb zuversichtlich, daß auch wir mit unserem Protest Erfolg haben werden.“ In ihrer Chronologie erinnert die Initiative daran, daß der Mobilfunkbetreiber O2 seinen Informationsabend mit einer sehr kurzfristigen Ankündigung und dazu noch in der Ferienzeit veranstaltet habe.

Die Suche nach umweltverträglichen Standorten in Zusammenarbeit mit Naturschutzverbänden sei bisher im Sande verlaufen - die Naturschutzbehörde des Landkreises habe die Vorschläge abgelehnt. „Der Bau von UMTS-Sendemasten ist nicht privilegiert, denn diese Technik ist nur für die Übertragung von Filmen und Spielen erforderlich“, betont Reck, „UMTS gehört somit nicht zur Grundversorgung der Bevölkerung“, betont Reck, „der Betreiber O2 hat also

keinerlei gesetzlich zugesicherte Standortansprüche, auch wenn von dort immer wieder das Gegenteil behauptet wird.“ Reck ruft alle Dorfbewohner, Verwaltungen und Politiker auf, sich von den Mobilfunkbetreibern nicht einschüchtern zu lassen: „Es kann nicht angehen, daß wir für die wirtschaftlichen Interessen eines Konzerns unsere schöne Urlaubslandschaft opfern und zum Versuchsobjekt für eine neue Technik dienen, deren Auswirkungen keiner kennt.“